

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
 Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
 Eingetragen in die Postzeitungsliste

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Arleg, Vohagen-Berlin
 Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schillerstraße 6
 Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:
 die sechsgepaltene Kolonnenzeile 40 Pfennig, für Mitglieder 30 Pfennig
 Schluß für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

Erpresserbanden!

Wöchentlich erscheint in Saarbrücken, auf Glanzpapier in tariffeindlicher Druderei gedruckt, ein Käseblättchen, das sich „Südwestdeutsche Wirtschaftszeitung“ nennt. In ihm lagert in siebentägigen Abständen Herr Dr. Alexander Tille, Handelskammerpräsident und Oberscharfmacher dazu, seine Geistesblitze ab, die sich vornehmlich um zwei Dinge gruppieren: um den Hansabund und um die Gewerkschaftsbewegung. Beide verfolgt er mit einem geradezu glühenden Haß. Am wildesten aber haut er auf die Gewerkschaften ein und auf alle, die nur je ein Wort für sie übrig haben, mögen es auch sonst die wackelhaftesten Reaktionsäre sein. Weder ein Streikmann noch ein Graf Rosadowstky sind vor seinen Attacken sicher. Sie haben alle keine Moral mehr, sondern sie sind „moralinverseucht“. „Moralin“, — das Wort hat Herr Dr. Alexander Tille selber erfunden, und es gefällt ihm so, daß man es in seinen Artikeln auf jeder Seite durchschnittlich sechsmal findet. Vielleicht ist es auch tatsächlich seine bedeutendste geistige Leistung. Womit aber nicht gesagt sein soll, daß seine übrigen Leistungen nicht auch ihren Wert besitzen.

So scheint zum Beispiel ein Artikel, der letzthin eine ganze Nummer des Blättchens füllte und ein „Beitrag zur Neugestaltung des deutschen Strafgesetzbuches“ sein sollte, beinahe unbezahlbar. Weniger zwar für die Reformatoren des Strafgesetzbuches — die werden wohl oder übel darüber zur Tagesordnung übergehen müssen — aber umso mehr für alle jene, die das Bedürfnis nach einem herzerfrischenden Sacher haben, — und nebenbei auch für die, denen es etwa an Agitationsstoff gegen das Scharfmachertum fehlen sollte.

Es sind natürlich die Lohnbewegungen der Arbeiter, gegen die Herr Dr. Tille das neue Strafgesetzbuch mobil machen will. Das heißt, was man so heute unter einer „Lohnbewegung“ versteht, Streiks und Arbeitskämpfe ähnlicher Art. Herr Dr. Tille belehrt uns allerdings, daß es nichts als „Heuchelei und Feigheit“ sei, einen Streik als Lohnbewegung zu bezeichnen. Als „Lohnbewegung“ will er nur gelten lassen: „Fleiß, Geschäftlichkeit, Gewissenhaftigkeit, gute Ausbildung, Verußtreue, Umschau nach der bequemsten Arbeits Gelegenheit.“ Was darüber hinausgeht, ist für ihn kurzweg — „Erpressung“. Er kann sich gar nicht genug tun, das herauszustreichen. Man höre nur Stilblüten wie diese: „Die sogenannte öffentliche Meinung ist längst zu feige geworden, Erpressung Erpressung und Erpressungshandlungen Erpressungshandlungen zu nennen, wenn es sich um den umbuhltesten aller Menschen, den gewerblichen Lohnarbeiter (1), handelt. Da wird der Erpresser oder der Verjücher einer Erpressung zum „Kämpfer um bessere Arbeitsbedingungen“, der Erpressungsversuch zur „wirtschaftlichen Bewegung“, zum „Arbeitskampf“ oder zur „Lohnbewegung“. So spricht man mit Vorliebe von einer Bewegung der Handkräfte zur „Verbesserung ihrer Lage“, man vergißt nur hinzuzufügen: „mit dem unehrlichen und verbrecherischen (1) Mittel der Erpressung.“ — Und so geht es noch einige dutzendmale weiter, gelegentlich mit einer erneuten Kraftsteigerung des Ausdrucks. Der Streik ist „eine verbrecherische Art des Erwerbes“, eine „Erpressung unter ganz besonders erschwerenden Umständen“, da es ja nicht bei der „Drohung“ bliebe, sondern auch noch „die Schaffung des Übels durch die Tat“ folgt. Der Streik ist der „meuchlerische Überfall einer Erpresserbande“, der nur „in der Moral einer Räuberbande“ seine „Rechtfertigung“ finden könne. Man solle bloß nicht mit der „Verbesserung der Lage“ kommen. Das sei „die gemeinste Schuitemoral, welche denkbar ist“ — höher hinaus geht es schon gar nicht mehr!

In den schwärzesten Farben malt Herr Dr. Alexander Tille die unseligen Folgen eines Streiks — für den Unternehmer. Wenn die Lohnarbeiter die Arbeit einstellen, „so berauben sie nicht nur auf Zeit den Unternehmer des Einkommens, daß er sich durch Erwirtschaftung eines Ertrages aus der Unternehmung zu erwerben pflegt, sondern sie schädigen ihn

in seinem Vermögen, indem sie der Unternehmung einen merkbaren Schaden in ihrem Kapitalwert zufügen, der sich bei Aktiengesellschaften häufig in einem augenblicklichen Kurssturz ihrer Aktien äußert.“ — Allerdings schrecklich! Zumal wenn man in den nächsten Sätzen von Herrn Dr. Tille hört, daß den Arbeiter dergleichen Gefahren ganz und gar nicht bedrohen. Gewiß nicht, denn er hat ja keine Aktien, deren Kurssturz er fürchten müßte. Die Arbeiter können ja allerdings ausgeperrt werden, — und daß sie es werden, kann auch Herr Dr. Tille nicht leugnen. Doch das ist nicht so schlimm. Er schreibt: „Gewiß verlieren die Lohnarbeiter (durch eine Aussperrung) ebenfalls ihr Einkommen; obgleich nicht einmal notwendig, das heißt nur dann, wenn sie sich nicht anderwärts rechtzeitig Arbeits Gelegenheit suchen (das ist nämlich eine Kleinigkeit. D. Red.); aber die ihnen gewährte Ruhe bedeutet für sie oft eine Erholung, und selbst, wenn ihre Verpflegung etwas knapper ist als sonst, so bedeutet das für sie selten einen drückenden Schaden, und schon gar nicht seit der Klassenkampfunterstützung, welche Wirtschaftstörer von ihren Gewerkschaften in neuerer Zeit zu erhalten pflegen.“

Nicht wahr, wie gut es doch die Arbeiter haben, und wie rührend die Unternehmer Tag und Nacht auf ihr Wohl bedacht sind, sogar, wenn sie für einige Wochen aufs Kflaster legen! Herr Tille muß es doch wissen, da er der Vertrauensmann der Schlotbarone Saarabiens ist.

Es war einer gekommen, der hatte Herrn Dr. Alexander Tille auf seine erlauteten Ausführungen hin entgegengesehen: Wenn die Organisationen der Arbeiter durch ihre Streiks „Erpressungen“ begehen, dann muß daselbe auch von den Unternehmerverbänden gelten, die sich organisieren, um den Arbeitern die Arbeit durch möglichst niedrige Löhne „abzupressen“. Das bringt aber den gewaltigen Dr. Tille nicht schlecht in Rage. Er nennt seinen Gegner einen „leichten Klaffenideologen“, dessen Ausführungen nur bewiesen, wie unbehaglich es ihm geworden sei, da er, Dr. Alexander Tille, „mit der Fackel der Logik in das ganze Lügengebäude der isokratischen, paritätsmoralistischen und unmoralistischen Klassenkampftheorie“ hineingeleuchtet habe. Ritterlich nimmt er die deutschen Unternehmerverbände gegen die „unverfrorene Beleidigung“ in Schutz, als ob die Unternehmer schon jemals eine „Wirtschaftsstörung“ unternommen hätten, um für sich ein Mehr an Verdienst herauszupressen. Das sei noch nie geschehen und werde auch nicht geschehen!

Eine besondere Zurechtweisung erhält auch Herr Graf Rosadowstky wieder einmal, den Herr Tille geschmackvoll einen „zum wirtschaftlichen Denken unfähigen Kopf“ nennt. Graf Rosadowstky hatte nämlich in einer Reichstagsrede ausgeführt, die Koalitionen der Arbeiter wären etwa den Koalitionen der Unternehmer in ihren Syndikaten vergleichbar. Wie diese dadurch ihre Warenpreise zu steigern versuchten, so bemühten sich die Arbeiter durch ihre Organisationen, den Wert der Ware Arbeitskraft in die Höhe zu schrauben. Ein Gedanke, den schon vor dem „Grafen im Bart“ Hunderte von Rednern und Schriftstellern in Worte gekleidet hatten. — Herr Tille ist außer sich. Die Waren syndikate, diese herrlichen Einrichtungen im Interesse des Unternehmerprofits, also zu verächtlichen! Und siehe, er findet heraus, daß die Maßnahmen der Waren syndikate sich „durchaus auf dem Boden des Wirtschaftsfriedens vollziehen“, daß niemals ein Trust oder Syndikat seinen Abnehmern etwa die Alternative stellte: Entweder ihr bezahlt diesen und jenen Preis, oder wir liefern euch nicht mehr. — So schreibt der Mann vom Monde, könnte man sagen, wenn Dr. Tille die Praxis der Syndikate nicht genügend kennen würde.

Nachdem sich Herr Tille in dreizehn Spalten nach Herzenslust ausgelobt, formuliert er seine Forderungen an das neue Strafgesetzbuch. Er „geht aufs Ganze“, das muß man ihm auch hier lassen. Vier Stufen unterscheidet sein Scharfsinn: Einfache „Erwerbs- und Wirtschaftsstörung“ des Unternehmers durch seine Arbeiter oder ihrer „Anstifter“ soll mit drei Monaten Gefängnis an ihnen gerächt werden,

Geschicht die „Erwerbs- und Wirtschaftsstörung“ „zur Vorteilerpressung“ (auf deutsch zum Zwecke einer Lohnaufbesserung), so sollen sechs Monate als Strafe gelten. Geht die „Erwerbs- und Wirtschaftsstörung“ soweit, daß sie eine „Noterregung“ für den Arbeitgeber wird, so hält Herr Tille ein Jahr hinter schwedischen Gardinen für angemessene Sühne. Bis schließlich „Noterregung zum Zwecke des Lohnwuchers“ — das heißt Forderung eines Lohnes, der „im augenscheinlichen Mißverhältnis zu der dafür gebotenen Leistung steht“ — mit einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr geahndet werden soll.

Man könnte glauben, daß Herr Dr. Tille die Sommerhitze nicht gut verträgt, — wenn nicht Dübende seiner anderen Abhandlungen in ganz demselben Stil gehalten wären. Nun brauchte man sich auch nicht über Leute aufzuregen, die dauernd in einem Zustand leben, wie ihn übergroße Sommerhitze erzeugen soll, wenn nicht dieser Dr. Tille von einem großen Teile des deutschen Unternehmertums ausdrücklich zum Bannerträger auserkoren wäre und dieses Unternehmertum eine so gewaltige Macht vor und hinter den Kulissen repräsentierte, das öffentliche Leben und die Gesetzgebung zu beeinflussen. Solche Phantasien, wie sie Herr Dr. Tille hier vom Stapel gelassen, werden ja freilich nie in Wirklichkeit umgesetzt werden können; aber sie zeigen doch den Geist, in dem gearbeitet wird, sie zeigen die Richtung, in der man die Gesetzgebung beeinflussen will und tatsächlich auch beeinflusst. Sie zeigen damit aber auch, wie nötig es ist, daß jeder Arbeiter in jedem Augenblick auf dem Posten ist, um durch seine Organisation dergleichen Wackenschafften der Scharfmacher ein Gegengewicht entgegenzusetzen.

Mangelhafte Schutzvorrichtungen in Brauereien und Mälzereien.

III.

Die technischen Aufsichtsbeamten der S e k t i o n VI (Sitz Berlin), die ganz Nordostdeutschland umfaßt, haben verhältnismäßig wenig zu berichten. Betriebsbesichtigungen führten sie aus in der Provinz Ostpreußen, in den Regierungsbezirken Breslau, Oppeln und Frankfurt a. O., in den beiden Großherzogtümern Mecklenburg und in den Städten Hamburg und Berlin. Sie haben auch die Brauereiausstellung in Berlin besucht und fanden, daß verschiedene Firmen die Unfallverhütung bei ihren Apparaten entweder gar nicht oder nur teilweise berücksichtigt hatten. Hauptächlich fanden sie dort wieder die Flaschenabfüllmaschinen nicht in Ordnung, die Schutzgitter waren entweder zu klein oder mit zu großen Schaulöchern versehen. Bei den meisten Zahnraderschubblechen war die Gefährlichkeit des glatt abgefrähten Schutzbleches nicht erkannt worden; es wurde die Anordnung mit aufgebogenem Rand empfohlen oder vollständige Verkleidung der Zahnräder vorgeschrieben. Die Fackwaschmaschinen herstellenden Fabrikanten wurden auf die Gefährlichkeit der Gehblöcken aufmerksam gemacht, da dieselben bei ihrer jetzigen Anordnung als Scheren wirken können. Die automatischen Fackwaschmaschinen waren die Ursache von mehreren schweren Verletzungen. Ein Arbeiter hatte sich mit dem Oberkörper vollständig in die Maschine hineingebeugt, sein Kopf wurde zwischen dem Zentrierhebel und dem Rahmen der Maschine zerquetscht. Der Beamte führt den Todesfall auf unverantwortliche Gedankenlosigkeit zurück. Zwei Flaschenfüller hatten eine Koglen säureflasche zwecks Abziehen des Bieres direkt an ein Achtzelliterfaß angeschlossen. Der Fackboden wurde durch den hohen Druck zertrümmert, von den umherfliegenden Stücken wurden die beiden Arbeiter getötet. Beim Fackfäulen, namentlich in den älteren Sagerkellern, wo die Fässer noch mit der Hand aufgelagert werden müssen, ereignen sich immer noch eine Anzahl schwerer Unfälle. Verschiedene Sammelverletzungen entstanden dadurch, daß beim Transport großer Fässer noch sehr häufig mit der Hand um die Kämme gegriffen wird. Sechs Todesfälle ereigneten sich durch Blutvergiftung nach leichten Verletzungen; die Verletzten hatten nicht rechtzeitig die Hilfe des Arztes in

Anspruch genommen. Unfälle erfolgten auch beim Reinigen und Schmieren der Maschine während des Ganges. Beim Automobilbetrieb stellten sich durch Rückschlagen der Handfurbel zum Andrehen des Motors schwere Handgelenkbrüche ein. Ein Arbeiter erblindete, dem beim Weiben der Tenne Kalklösung in das Gesicht spritzte. Ein Bierfahrer fiel vom Stallboden, auf dem er sich angeblich schlafen gelegt hatte, er wurde am nächsten Morgen tot im Stall aufgefunden. Bericht wird noch über eine Neuerung bei Maschinenzug; an der höchsten und tiefsten Ladestelle sind Subtilen angebracht, die Tür öffnet und schließt sich beim Betriebe von selbst und soll volle Unfallsicherheit damit erzielt sein.

Der Beamte der Sektion VII (Sitz Magdeburg) berichtet über mangelhaft oder gar nicht verkleidete Riemenröhren, Zahnräder, Transmissionswellen und Riemen, die Anlaß zu Beanstandungen gaben. Von den Arbeitsmaschinen waren es die Hackselmaschinen, welche in fast keinem Falle den Unfallverhütungsvorschriften entsprachen. Auch den Leitern wird hinsichtlich ihrer Beschaffenheit nicht immer die ihnen gebührende Sorgfalt gewidmet.

Bei der immer mehr in Brauereien an Boden gewinnenden Mineralwasserfabrikation muß den Sicherheitsvorrichtungen an Kohlenäureflaschen und Mischgefäßen besondere Beachtung geschenkt werden. Hier sind es die Druckreduzierventile und die Sicherheitsventile, deren Konstruktion in vielen Fällen noch manches zu wünschen übrigläßt. Sache der neuen Unfallverhütungsvorschriften wird es sein, diesem Kapitel erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Zum Abfüllen von künstlichem Mineralwasser wurde in einem Betrieb ein Apparat angetroffen, der den großen Vorteil hatte, daß das Abfüllen, welches gewöhnlich bei einem Drucke von 5 bis 6 Atmosphären erfolgt, bei erheblich niedrigerem Druck, etwa 2 Atmosphären, vorgenommen werden kann. Das Prinzip beruht lediglich auf der physikalischen Eigenschaft der Kohlenäure, bei sinkender Temperatur des Wassers sich in erhöhtem Maße in diesem zu lösen. Die Bedeutung für die Unfallverhütung liegt in der Veringerung des Fülldrucks und der hiermit korrespondierenden Herabminderung der Gefahr des Platzens der Flasche.

Ueber die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften ist im großen und ganzen nicht zu klagen. Bestrafungen wegen Zuwiderhandeln gegen die Unfallverhütungsvorschriften wurden seitens der Sektion gegen Betriebsunternehmer in keinem Falle, aber gegen Versicherte in zwei Fällen beantragt.

Ein Maschinist, welcher einen Transmissionsriemen während des Ganges harzen wollte, geriet mit der Hand zwischen Riemen und Riemenröhre, wobei er von einem 3 Meter hohen Podest, von wo aus er die Arbeit vorgenommen hatte, herabgerissen wurde und sich eine starke Fußverletzung zuzog. (Verstoß gegen Ziffer 133 der Unfallverhütungsvorschriften.)

Gegen das gleiche Verbot scheint ein Maschinist verstoßen zu haben, welcher morgens um 5 Uhr die Dampfmaschine anlaufen ließ und etwa eine Viertelstunde später vom Heizer im Maschinenhause tot aufgefunden wurde. Nach dem Befunde des Arztes war der linke Unterarm des Verunglückten abgerissen, während die beiden Füße mit einzelnen Meiderfetzen an einem Treibriemen nahe der Decke hingen. Da Augenzeugen nicht zugegen gewesen sind, wird die Veranlassung des Unfalles nur auf Vermutungen aus dem Befunde heraus gestützt werden können.

In einer Brauerei wollte der Braumeister an einem Schwimmer die Ventile, durch welche Wasser eingebracht war, aufsuchen. Da diese mit dem bloßen Auge nicht sichtbar war, kam er auf den Gedanken, das im Schwimmer befindliche Wasser zu verdampfen, um an dem Dampfaustritt die schadhafte Stelle zu erkennen. Zu diesem Zwecke legte er den Schwimmer in die Feuerung eines im Betriebe befindlichen Dampfessels. Als er im Begriff war, den Schwimmer aus dem Feuer zu nehmen, explodierte dieser mit solcher Gewalt, daß das gesamte Feuergerüst des Kessels herausgerissen wurde. Den durch umherfliegende Gesteine verursachten Verletzungen ist der Braumeister erlegen.

In einem mittels Handfurbel angetriebenen Flascheneinweichapparat kam eine Flaschenpüllein dadurch zu Schaden, daß sie während des Betriebes des Apparates in das Zahnradgetriebe griff, um aus den Zähnen festhängende Papierstücke zu entfernen. (Verstoß gegen Ziffer 119 der Unfallverhütungsvorschriften.)

Im Bereich der Sektion VIII (Sitz Leipzig) wurden Betriebe revidiert im Regierungsbezirk Erfurt, ferner in Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Koburg-Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sonderhausen und Reuß i. L. Unter den Bemängelungen, die in den Befunden am häufigsten wiederkehren, nehmen die fehlenden Schutzvorrichtungen an Riemenröhren, Riemen, Wellen, Zahnrädern, Hackselmaschinen, sowie an den Leitern immer noch die erste Stelle ein. Hinter Schwungrädern von Dampfmaschinen und Gasmotoren werden öfters noch enge Winkeln gefunden, welche der Aufbewahrung von Decken, Putzmaterial u. dgl. dienen. Während des Ganges der Maschinen ist der Maschinist beim Her-

vorholen dieser Gegenstände oft äußerst gefährdet. Aufzüge und Gärbottdischlaufbrücken gaben in den meisten Fällen Anlaß zu Beanstandungen. An Dampfmaschinen und Motoren mußte in mehreren Fällen die mangelhafte oder fehlende Abperrung der Schwungräder beanstandet werden. Häufig ist auch das Fehlen der Fußleisten bei Geländern, welche dicht an den versenkten Schwungrädern angebracht sind, zu beobachten gewesen. Als auffällig hoch muß die Zahl der Rührschiffe bezeichnet werden, deren freie Seiten durch Geländer zu schützen waren. Dies betrifft in der Hauptsache nach dem Wortlaute der Unfallverhütungsvorschrift „am Boden gelegene“ Rührschiffe, bei welchen die Art der Auflagerung zu Trugschlüssen und daher zur Umgehung der Vorschrift führt.

Im Verhalten der Betriebsunternehmer zu den getroffenen Maßnahmen fand der Beamte keinen Grund zur Klage, dagegen jedoch im Verhalten der Versicherten gegen die Schutzmaßnahmen. Er erklärt, daß wohl einige Arbeiter den Wert der Unfallverhütung erkannt haben, sehr viele jedoch begegneten allen Vorkehrungen, die zu ihrem Schutze dienen, mit der größten Gleichgültigkeit, „wie die Unfälle beweisen, die auf grobe Fahrlässigkeit zurückzuführen sind.“ Nach hier wäre zu prüfen, wo die „größte Gleichgültigkeit“ herkommt, ob sie nicht durch die Arbeitsweise veranlaßt wird und die grobe Fahrlässigkeit sich daraus ergibt.

Der in Brauereien immer mehr zunehmende Lastautomobilbetrieb hat zu zahlreichen Unfällen geführt, welche beim Andrehen der Motoren durch Rückschlagen der Handfurbel entstanden sind. An einigen Automobilen wurde neben der Sicherheitsandrehfurbel noch eine Einrichtung angetroffen, welche jedem Rückschlagen des Motors wirksam vorbeugt. Durch einen Hebel, welcher neben der Andrehfurbel sitzt, kann die Kompression ausgerückt und der Motor auf Spätszündung gestellt werden. Diese an sich bewährte Einrichtung ließe sich noch dahin erweitern, daß die genannten Handhabungen mit der Drehvorrichtung in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht würden. In einer Mälzerei wurde eine vollkommen neue Transmissionsanlage, die ein Vierteljahr vor der Betriebsbefähigung fertiggestellt worden war, angetroffen, welche in bezug auf Wellen, Riemenröhren und Riemen jeglichen Schutz vermissen ließ.

In einer durchaus modern eingerichteten Brauerei hatte die ausführende Maschinenfabrik als Schutzvorrichtungen Ketten gewählt, die zudem noch möglichst nahe an den zu schützenden Stellen vorbeizogen. Wie es bei Ketten nicht anders zu erwarten ist, lagen einzelne an der Erde oder hingen an der Wand. Eine derartig mangelhafte Beschaffenheit von Schutzvorrichtungen heißt doch den Begriff Unfallverhütung einfach auf den Kopf stellen. Ketten mögen wohl in der entsprechenden Ausstattung in Ausstellungen angebracht sein, aber nicht an Stellen, an welchen Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen sind.

Die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften ließ vieles zu wünschen übrig. Den Hinweis auf die Unfallverhütungsvorschriften wurde sehr oft mit Nichtkenntnis der in Frage kommenden Ziffern begegnet. Hier handelt es sich allerdings um Betriebe, welche seit etwa sechs und in einem Betriebe sogar seit zehn Jahren nicht mehr revidiert worden waren. Aber wenn selbst die Vorschriften noch so gut abgefaßt sind, ihr Nutzen wird stets sehr gering bleiben, wenn die Frequenz in der Ueberwachung nicht zunimmt. Von einer Belästigung der Betriebe durch zu häufige Revisionen kann gar keine Rede sein. Belästigt fühlt sich der Betriebsunternehmer allerdings in dem Falle, in welchem nach langjähriger Ueberwachungsperiode die Anzahl der zu beseitigenden Mängel sehr bedeutend wird. In einigen Fällen glaubten Betriebsunternehmer, welche im Miet- bzw. Pachtverhältnis standen, von der Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften in bezug auf die unsichere Instandhaltung von Treppen, Fußböden usw. entbunden zu sein, da nach ihrer Ansicht hierfür der Besitzer der Gebäude aufkommen müsse. Gegen diese Ansicht spricht eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes, wonach für die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften dem Gesamtschaftsvorstande gegenüber allein der Betriebsunternehmer verantwortlich bleibe und nicht der Vermieter oder Pächter.

Im Jahre 1908 ist in Preußen eine Fahrstuhlordnung in Kraft getreten, bei welcher § 117 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes eine Beachtung nicht gefunden hatte. Begründet wurde dieses seitens der zuständigen Zentralbehörde damit, daß genannte Polizeiverordnung ihre rechtliche Grundlage wegen ihrer über den Schutz der Arbeiter in gewerblichen Betrieben hinausgehenden Zweckbestimmung nicht in dem § 120a der Reichsgewerbe-Ordnung findet, sondern in den landesrechtlichen Bestimmungen über das Polizeiverordnungsrecht. Nunmehr hat ein Hüftenwert, gegen welches auf Antrag des zuständigen sachverständigen Dampfessel-Ueberwachungsvereins eine Strafverfügung erging, die Gültigkeit der Fahrstuhlordnung angezweifelt, und das zuständige Landgericht hat dahin entschieden, daß die Fahrstuhlordnung, insofern sie sich auf gewerbliche Betriebe erstreckt, ungültig sei. Mit dieser gerichtlichen Entscheidung dürfte

die Frage über die Gültigkeit der umstrittenen Polizeiverordnung noch nicht gelöst sein.

Trotz Verbotes benutzte ein Arbeiter den Fahraufzug dazu, um aus dem Lagerkeller nach der Abfüllhalle zu fahren. Als er während der Fahrt den Aufzug umsteuern wollte, um nochmals nach dem Keller zurückzufahren, wurde der rechte Arm des Arbeiters zwischen Schachtmauer und Fahrstuhl eingeklemmt.

Ein Arbeiter kam beim Auflegen eines Transmissionsriemens zu Schaden. Zweckes Bornahme dieser Arbeit hatte der Betriebsunternehmer selbst die Dampfmaschine abgestellt. Der Verletzte wollte aber den Auslaufschwung beim Auflegen des Riemens benutzen und wurde hierbei von dem Riemen in die Transmissionsriemen gezogen, wobei er den rechten Unterarm brach.

Zwei schwere Unfälle ereigneten sich an Preissägen, an welchen die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen teils fehlten, teils in mangelhafter Form ausgeführt waren.

Ein Todesfall ereignete sich an einer automatischen Fackelmaschine. Zwischen der Abflussschnecke, welche rechtwinklig zur Transportschwinge steht, und der Umfassungsmauer der Schwanzhalle ist ein 1 Meter breiter Raum gelassen. Die auf der Transportschwinge liegenden Fässer werden durch einen Winkelfuß auf die Schanze geworfen, von wo aus sie in einen Raum rollen, um hier ausgeleuchtet zu werden. Bei dieser Arbeit betraute Arbeiter wollte ein reparaturbedürftiges Faß in die Böttcherei tragen und benutzte hierbei den beschriebenen 1 Meter breiten Weg, obwohl der genannte Raum einen eigenen Ausgang hat. In dem Augenblick, als der Verletzte, das Faß vor dem Unterleib haltend und mit dem Rücken nach der Wand zu, an dem Winkelfuß vorbeikam, wurde er von einem auf der Transportschwinge ruhenden Faß berührt gedrückt, daß durch Zerreißen der Speiseröhre der Tod eintrat.

Bei den Revisionen in Koburg-Gotha, Sachsen-Weimaringen, Sachsen-Weimar und dem Kreis Schmalkalden wurde folgendes festgestellt:

Es waren viele Treppen und Öffnungen nicht mit Geländern versehen; Eiseinwurflöcher, Schachttüren, Öffnungen zu Silos und Gassen waren nur selten geschützt, während Maschinen- und Kesselhaustüren häufig noch nach innen aufschlugen. Weiter waren vielfach ungeschützte Riemen, Zahnräder und sonstige Getriebe an Kraft- und Arbeitsmaschinen anzutreffen. An Aufzügen fehlte nicht selten die Umwehrung der Fahrbahn auf 1,80 Meter Höhe; bezüglich der Fang- und Auffahrvorrichtungen mußten viele Anordnungen getroffen werden; von selbsttätigen oder zwangsläufigen Schachttürverschlüssen konnte vielfach keine Wahrnehmung gemacht werden, und die Winden waren nur selten mit Bremse, ausrückbaren Furbeln und Zahnradchutz versehen.

In den größeren Betrieben sind Arzneimittel und Verbandzeug zur ersten Hilfeleistung ziemlich vollständig vorhanden; in den kleineren Betrieben hingegen ist meistens nicht das Geringste anzutreffen, um einen Verband anlegen zu können. Nach den Feststellungen war in 32 Betrieben nur wenig und in 41 Betrieben überhaupt kein Verbandzeug vorhanden, obwohl in vielen Orten weder Arzt noch Apotheke existieren.

Keine Existenzberechtigung der christlichen Gewerkschaften.

Aus Anlaß des Gewerkschaftskonflikts im Christenlager haben die M.-Gladbacher in der Sitz des Gefechts selbst die Existenzberechtigung der christlichen Gewerkschaften verneint. Das ist jedenfalls das Erbaulichste unter den vielen Erbaulichkeiten, mit denen die unchristliche Auseinandersetzung bei den Christen die Welt bereicherte. Bei der Suche nach Gründen für das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter in bezug auf ihre wirtschaftliche Organisation stießen die M.-Gladbacher auf die einheitlichen Vereinigungen der Bauern, Aerzte, Rechtsanwälte usw. und vor allem die der Unternehmer. Pathetisch riefen sie aus: Will man den Arbeitern verwehren, was allen anderen Berufsständen erlaubt ist?

In der bayerischen Zentrumsprelle, in den christlichen Gewerkschaftsblättern, auch in der „Westdeutschen Arbeiter-Ztg.“ des Herrn Giesberts, ist dieses Argument gegen katholische Gewerkschaften vielfach variiert worden. Selbst der Vorstand des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften sah in der Konstatierung der Einheitlichkeit der Unternehmerorganisation die stärkste Waffe gegen die Forderung der Konfessionalität. In seiner Proklamation zum Gewerkschaftstreit heißt es:

„In den Arbeitgeberverbänden jeder Industrie und in jedem Teile Deutschlands wirken evangelische, katholische und andersgläubige Arbeitgeber einheitlich zusammen. Mit diesen nichts weniger als konfessionellen Arbeitgeberverbänden müssen die Gewerkschaften ihre Arbeitsstarifverträge abschließen. Bei solcher Sachlage ist ein einheitliches gewerkschaftliches Zusammenarbeiten aller . . . Arbeiter unüberwindlich.“

Die Logik ist zwingend. Dagegen läßt sich gar nichts einwenden. Allerdings, die M.-Gladbacher vergewaltigten die Logik, indem sie in die ausdunkelte

